



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Weil unsere Kinder es wert sind: Maßnahmenpaket gegen Lehrkräftemangel jetzt – statt peinlicher Abwerbekampagnen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Bayerns Schulen derzeit personell mangelhaft aufgestellt sind. Die bayerischen Schülerinnen und Schüler haben es verdient, bestmöglich unterrichtet zu werden. Es kommt nicht in Betracht, eigene Versäumnisse mit Abwerbekampagnen in anderen Bundesländern zu kaschieren.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den akuten Lehrermangel wirksam zu bekämpfen und ein kraftvolles Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen, um die Bildung in Bayern attraktiver zu machen. Dieses Maßnahmenpaket soll insbesondere für gute Studien- und Arbeitsbedingungen sorgen und Anreize für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger als auch Rückkehrerinnen und Rückkehrer schaffen.

Begründung:

Die Staatsregierung vernachlässigt die Bildung und spielt damit mit der Zukunft unserer Kinder – und damit unseres Landes. Der Mangel an Lehrkräften ist eklatant und ein klares Versäumnis der Staatsregierung. Flächendeckend fällt Unterricht aus, das Bildungsniveau sinkt. Eltern sowie Schülerinnen und Schüler sind genauso wie unsere Lehrerinnen und Lehrer sehr verunsichert. Wenn wegen des sich verschärfenden Lehrkräftemangels immer mehr Unterrichtsstunden ausfallen, muss die Staatsregierung gegensteuern und die Politik des Nichtstuns beenden. Es ist peinlich und unsolidarisch, Personal in anderen Bundesländern abzuwerben. Stattdessen ist es zielführend und lösungsorientiert, sofort eigene Maßnahmen zu ergreifen, um dem Mangel entgegenzuwirken. Die SPD-Fraktion hat dazu etliche konstruktive Vorschläge erarbeitet. Statt Wahlkampfmanöver braucht es nämlich eine nachhaltige Personalpolitik für Bayerns Schulen. Aktuell liegt das (Neu-)Angebot an Lehrkräften in fast allen Schularten unter dem Bedarf. Künftig wird sich das Defizit absehbar – insbesondere in den Schularten der Sekundarstufe I (Mittel- und Realschulen) – aus vielfältigen Gründen (u. a. Rückkehr zum G 9, Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz, Inklusion, Beschulung von Ukraine-Flüchtlingen) verschärfen.

Die Staatsregierung muss daher unverzüglich ein Maßnahmenpaket auflegen. Darin muss zumindest Folgendes umgesetzt werden:

1. Mehr Anreize für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger: Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger müssen intensiv auf ihre Arbeit an den Schulen und in den Klassen vorbereitet und begleitet werden. Niemand darf unqualifiziert und ohne Praxiserfah-

rung vor einer Klasse stehen. Wer ein Studium absolviert hat und ins Lehramt wechseln möchte, darf während des Referendariats finanziell nicht viel schlechter gestellt werden als in der vorherigen Beschäftigung.

2. Genügend Lehrerinnen und Lehrer für Bayern ausbilden: Bayern muss so viele Lehrerinnen und Lehrer ausbilden wie es selbst benötigt. In den vergangenen Jahren hat der Freistaat die Lücke nur kompensieren können, weil er sich aus dem Pool der anderen Bundesländer bedient hat. Die Staatsregierung muss ein Ausbauprogramm vorlegen.
3. Lehramtsstudium evaluieren und verschlanken: Die Lehrerausbildung muss einfacher strukturiert, praxisorientierter und effizienter werden. Mit Orientierungsangeboten in der Studieneingangsphase sowie Beratungs- und Betreuungsangeboten sollen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss verbessert werden.
4. IT den Expertinnen und Experten überlassen: Schulen brauchen flächendeckend Systemadministatorinnen und Systemadministratoren für ihre IT. Viel zu oft übernehmen Lehrkräfte diese Aufgaben und haben deshalb weniger Zeit für den Unterricht.
5. Verwaltung den Verwaltungsangestellten überlassen: Viele Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter leisten auch Verwaltungsarbeit. Hierbei müssen sie entlastet werden.
6. Multiprofessionelle Teams schaffen: Alle Schulen brauchen nicht nur Lehrerinnen und Lehrer, sondern z. B. auch Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen als auch Psychologinnen und Psychologen. Das ist vor allem auch bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagesplatz von Bedeutung.
7. Faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen: Grund- und Mittelschullehrernde sollen zu den gleichen Bedingungen eingestellt werden wie z. B. Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer. BesGr. A 13 für alle und sofort. Bessere Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer statt Zwangsmaßnahmen bei Teilzeit: 60 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat arbeiten Teilzeit. Die Gründe sind vielfältig, zumeist geht es um die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Pflege mit dem Beruf. Dies betrifft zu fast 100 Prozent Frauen, die eine enorme Doppelbelastung stemmen müssen. Daher ist die Beschränkung der Verwaltungsaufgaben auf ein Minimum sowie eine bessere Anrechnung von Sonderaufgaben auf das Stundenkontingent notwendig.